

## Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/1685/2023**  
 Öffentlichkeitsstatus: öffentlich  
 Datum: 12.09.2023

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung  
 Aktenzeichen/Telefon: -Be-/1022  
 Verfasser/-in: Lutz Hiestermann

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Ausschuss für Soziales, Wohnen und Integration		Beratung
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts-, Digitalisierungs- und Europaausschuss		Beratung

### Betreff:

**Gemeinsame Sondersitzung des HFWRDE- und des SWI-Ausschusses  
 - Antrag der Fraktion Gigg+Volt vom 12.09.2023 -**

### Antrag:

„Noch im Oktober wird eine gemeinsame Sondersitzung des HFWRDE- und des SWI-Ausschusses durchgeführt, in der

- der Magistrat ausführlich über die Situation im Jugendamt v. a. in Bezug auf die Überlastungsanzeigen, Gefährdungsanzeigen sowie die umAs berichtet
- und die zuständigen Amtsleitungen für Rückfragen der Stadtverordneten zur Verfügung stehen.

Den Stadtverordneten wird die Möglichkeit eingeräumt, analog zur Vorgehensweise zur Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung zum Verkehrsversuch am 11. September 2023 im Vorfeld der Sitzung Fragen zu dem Themenblock einzureichen, die dann im Rahmen der Sondersitzung vom Magistrat beantwortet werden.“

### Begründung:

Die Veröffentlichungen in der Lokalpresse im August 2023 u. a. zu den weit überdurchschnittlichen Kündigungszahlen im Jugendamt haben deutlich gemacht, dass es in diesem Amt offensichtlich ein über viele Jahre nicht gelöstes strukturelles Problem im Umgang mit Überlastungsanzeigen, Gefährdungsanzeigen etc. gibt.

Die Sondersitzung der beiden Ausschüsse soll dazu beitragen, die Stadtverordneten sowie die Öffentlichkeit über die Problematik zu informieren und den Umgang der Amts- und Dezernatsleitung mit den Überlastungsanzeigen, Gefährdungsanzeigen etc. zu dokumentieren und Lösungsansätze zu diskutieren.

gez. Lutz Hiestermann